

Exposé für das Dissertationsvorhaben

**Migrationsbehörden
im europäischen Rechtsvergleich**

**Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl in Österreich
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutschland
Das Bundesamt für Migration in der Schweiz**

Dissertationsgebiet:
Verwaltungs-/Verfassungsrecht

Verfasserin:
Jeanette Benndorf
Matr. Nr.: 1048471

Angestrebter akademischer Grad:
Doctor iuris (Dr. iur.)

Betreuer:
o. Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 783 101
Studienrichtung lt. Studienblatt: Rechtswissenschaften

1. Allgemeines zum Dissertationsvorhaben

In den vergangenen Jahrzehnten erfolgte eine stete Dynamisierung der Migrationsströme und wird dadurch dem Fremdenwesen eine immer größere Bedeutung zu Teil. Auf europäischer Ebene werden daher verstärkt Rechtsakte erlassen, die zu einer einheitlichen Handhabung der Angelegenheiten der legalen und illegalen Migration und des Asylbereiches durch die Mitgliedstaaten führen sollen. Dennoch ist es den Mitgliedstaaten weiterhin unbenommen auch einzelstaatliche Maßnahmen zu treffen, um eine effiziente innerstaatliche Durchführung der Verfahren in vorgenannten Bereichen zu erreichen. Eine Lösungsmöglichkeit, die von einigen europäischen Staaten bereits genutzt wurde, ist die Bündelung verschiedenster fremdenrechtlicher Kompetenzen in einer einheitlichen Behörde mit bundesweiter Zuständigkeit.

Dieses Dissertationsvorhaben soll sich mit den nationalen Lösungsmöglichkeiten der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz auseinandersetzen. Es soll vergleichend gegenübergestellt werden wie diese drei Länder durch die Einrichtung eines Bundesamtes die vielfältigen Aufgaben im Bereich des Fremdenwesens erfüllen und erfüllen werden. Das derzeit in der Einrichtung befindliche österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl soll mit dem bereits bestehenden Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Bundesrepublik Deutschland und dem bestehenden Bundesamt für Migration der Schweiz verglichen werden. Dabei werden die den Bundesämtern zukommenden unterschiedlichen Kompetenzbereiche beleuchtet, um eine verwaltungs- und verfassungsrechtliche Bewertung und sodann eine Bewertung aus migrationsrechtlicher Sicht vorzunehmen.

2. Forschungsgegenstand, Problemstellungen und Zielsetzung

Mit diesem Dissertationsvorhaben sollen die Rechtsordnungen betreffend den Aufbau und die Arbeitsweise der Migrationsbehörden in der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz verglichen werden. Dabei soll jedoch nicht nur ein Vergleich der materiellen und prozessualen Rechtslage der fremdenrechtlichen Materiengesetze vorgenommen werden, sondern sollen darüber hinaus sowohl die verfassungsrechtlichen Grundlagen bewertet als auch eine vergleichende Betrachtung der administrativen Strukturen ermöglicht werden. Die Gegenüberstellung dieser drei Bundesämter wird es daher zunächst verlangen den Organisationsaufbau und die Aufgaben der Bundesämter zu beleuchten, um vor dem Hintergrund der fremdenrechtlichen Materiengesetze – wie z.B. das deutsche Aufenthaltsgesetz, die schweizerische Organisationsverordnung vom 17. November 1999 für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, das Asylgesetz und das Ausländergesetz, sowie die österreichischen Gesetze zur Einrichtung eines Bundesamtes – eine Bewertung vorzunehmen. Diese Bewertung soll u.a abbilden, inwieweit die Bündelung von Kompetenzen im Migrations- und Fremdenwesen grundsätzlich sinnvoll ist oder ganz im Gegenteil eine Trennung der Asyl- und Migrationsagenden anzuraten wäre. Ob und inwieweit Österreich aus den Erfahrungswerten der bestehenden Bundesämtern in Deutschland und der Schweiz Vorteile ziehen und durch die gewonnenen Erkenntnisse vor Fehlentwicklungen bewahrt werden kann, wird ebenfalls zu beurteilen sein. Es wird dabei aufgrund der

unterschiedlichen Aufgabenbereiche der einzelnen Bundesämter notwendig sein, verschiedenste Bereiche, wie z.B. das Ausländerbeschäftigungsrecht und das Staatsbürgerschaftsrecht zu skizzieren.

Insbesondere wird im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit die Darstellung einzelner Verfahrensabläufe im österreichischen Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl einen wesentlichen Schwerpunkt darstellen. Zum einen soll erläutert werden, wie sich der Wandel der unterschiedlichen zuständigen Behörden im Bereich des Fremdenwesens auf eine einheitliche Behördenstruktur vollzieht, da sich Zuständigkeiten der Fremdenpolizeibehörden auf das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl verlagern. Zum anderen ist in Aussicht genommen darzustellen, wie der Rechtsschutz im Bereich des Fremdenrechtes durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 und dem dadurch neuen Instanzenzug ausgestaltet sein wird.

3. Methodik und Systematik der wissenschaftlichen Arbeit

Unter Beachtung der studienrechtlichen Richtlinien und der Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis sowie orientierend an den allgemeinen wissenschaftlichen und juristischen Grundsätzen wird sich die Verfasserin dem Dissertationsvorhaben nähern. Unter Verwendung der zu diesem Thema bestehenden Rechtsakte der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland sowie der Schweiz und der jeweiligen Literatur werden sowohl verwaltungs- als auch verfassungsrechtliche Fragen aufgeworfen und mittels einer umfassenden Analyse versucht Antwortmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Dissertation wird daher neben rechtsdogmatischen Erörterungen im Bereich des Verwaltungs- und Verfassungsrechtes gleichfalls auch rechtspolitische und rechtshistorische Ausführungen enthalten.

4. Erforderliche Ressourcen

Sämtliche erforderliche Ressourcen stehen im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung der fakultätseigenen Bibliotheken der Universität Wien sowie durch privaten Erwerb zur Verfügung. Allenfalls werden noch einzelne, aktuelle Werke aus dem Dissertationsthemenbereich auf eigene Kosten angekauft.

5. Vorläufige Gliederung

Vorwort

I. TEIL – Historische Entwicklung der Migrationsbehörden in Österreich, Deutschland und der Schweiz

1. Das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)
 - 1.1 Entwicklung ab 1955
 - 1.2 Entwicklung ab 1989
 - 1.3 Verwaltungsreform 2012
2. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
 - 2.1 Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (1953)
 - 2.2 Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (28. April 1965)
 - 2.3 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
3. Das schweizerische Bundesamt für Migration (BFM)

3.1 1979-2003

3.2 Bundesamt für Flüchtlinge (BFF)

3.3 Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES)

4. Vergleich

II. TEIL – Die verfassungsrechtliche Verankerung der Migrationsbehörden in Österreich, Deutschland und der Schweiz

1. Das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)

1.1 B-VG

2. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

2.1 Grundgesetz

3. Das schweizerische Bundesamt für Migration (BFM)

3.1 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

III. TEIL – Aufbau und Organisation der Migrationsbehörden in Österreich, Deutschland und der Schweiz

1. Das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)

1.1 BFA als nachgeordnetes Bundesorgan

1.2 Rechtlicher Rahmen

1.2.1 BFA-G und BFA-VG

1.2.2 Asylgesetz 2005

1.2.3 Fremdenpolizeigesetz 2005

1.3 Aufgabenbereiche

2. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

2.1 BAMF als Bundesoberbehörde

2.2 Rechtlicher Rahmen

2.2.1 Asyl- und Flüchtlingsrecht

2.2.2 Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht

2.2.3 Verordnungen und Verwaltungsvorschriften

2.3 Aufgabenbereiche (z.B. Durchführung von Asylverfahren und Flüchtlingsschutz, Integrationsförderung, Migrationsforschung)

3. Das schweizerische Bundesamt für Migration (BFM)

3.1 BFM als Fachbehörde des Bundes

3.2 Rechtlicher Rahmen

3.3 Aufgabenbereiche (z.B. Asyl und Rückkehr, Migrationspolitik, Zuwanderung und Integration)

4. Vergleich

IV. TEIL – Vollzug der Kompetenzen der Migrationsbehörden in Österreich, Deutschland und der Schweiz

1. Das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)

1.1 Durchführung von Asylverfahren

1.2 Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung

1.3 Erteilung von Aufenthaltstiteln aus berücksichtigungswürdigen Gründen

2. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

2.1 Durchführung von Asylverfahren

2.2 Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung

2.3 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

3. Das schweizerische Bundesamt für Migration (BFM)

4. Vergleich

4.1 Das Asylverfahren im Vergleich

4.2 Das Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung eines nicht rechtmäßig aufhältigen Fremden im Vergleich

4.3 Das Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung eines nicht rechtmäßig aufhältigen Fremden, der einen Antrag auf internationalen Schutz stellt im Vergleich

Schlusswort

Literaturverzeichnis

6. Zeit- und Arbeitsplan

SS 2011	Themenfindung, Absolvierung der folgenden zwei Lehrveranstaltungen: VO zur rechtswissenschaftlichen Methodenlehre, SE zur Judikatur- oder Textanalyse
WS 2011/2012	Absolvierung von zwei Lehrveranstaltungen aus dem Dissertationsfach und des SE aus dem Dissertationsfach sowie des SE für DissertantInnen
März 2012	Suche nach einem Betreuer; erste Literaturrecherchen sowie Erstellung eines vorläufigen Inhaltsverzeichnisses und Aufbereitung des Dissertationsthemas
SS 2012	Vorstellung des Dissertationsthemas im Rahmen eines SE; Eingabe des Antrages auf Genehmigung des Dissertationsvorhabens beim zuständigen studienrechtlichen Organ; Genehmigung der Dissertation und Abschluss der Dissertationsvereinbarung; Erstellen der Dissertation unter regelmäßiger Rücksprache mit dem Betreuer
WS 2012/2013	Besprechung des Erstentwurfes der Dissertation mit dem Betreuer; Absolvierung einer weiteren Lehrveranstaltung

Abgabe der Dissertation

Öffentliche Defensio

7. Ausgewählte Literatur

BAF – Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 50 Jahre Behörde im Wandel 1953-2003 (Nürnberg 2004).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt und seine Aufgaben (Nürnberg 2011).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2010 – Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration (Nürnberg 2011).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper, Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland (Nürnberg 2009).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bericht 2008 über Migration und Asyl der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) (Nürnberg 2008).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migration und Integration – Aktuelle nationale und europäische Aspekte (Nürnberg 2005).

Barwig, Klaus/Brill Walter (Hrsg.), Aktuelle asylrechtliche Probleme der gerichtlichen Entscheidungspraxis in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Baden-Baden 1996).

Barwig, Klaus/Brinkmann Gisbert/Huber Bertold/ Lörcher Klaus/ Schumacher Christoph (Hrsg.), Asyl nach der Änderung des Grundgesetzes (Baden-Baden 1994).

BFM – Das Bundesamt für Migration, Seine Aufgaben kurz erklärt – Ausländerinnen, Ausländer und Asylsuchende in der Schweiz (Bern-Wabern, 2008).

BMI – Bundesministerium für Inneres, Fremdenwesen - Fachgespräch mit Innenministerin Maria Fekter am 10. Juni 2009 (Wien 2009).

BMI – Bundesministerium des Innern, Migration und Integration – Aufenthaltsrecht, Migration- und Integrationspolitik in Deutschland (Berlin 2010).

Caroni Martina /Meyer Tobias /Ott Lisa, Migrationsrecht², (Bern, 2011).

Fassmann, Heinz; Biffl, Gudrun (Hrsg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006: Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen (Klagenfurt 2007).

Filzwieser Christian/Sprung Andrea, Dublin II-Verordnung, Das Europäische Asylzuständigkeitssystem³, Kommentar, NWV (Wien, Graz 2010).

Huber Berthold, Aufenthaltsgesetz –AufenthG–, C.H.Beck (München 2011).

Köfner Gottfried/Nicolaus Peter, Grundlagen des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland, Band 1 (Mainz, München 1986).

Kopp Ferdinand O./Ramsauer Ulrich, Verwaltungsverfahrensgesetz: VwVfG, Kommentar¹² C.H.Beck (München 2011).

Korinek/Holoubek (Hrsg.), Österreichisches Bundesverfassungsrecht, Textsammlung und Kommentar, Springer (Wien, New York).

Machacek Rudolf (Hrsg.), Verfahren vor dem VfGH und VwGH⁶, Leitfaden, Manz (Wien 2008).

Maunz/Dürig (Hrsg), Kommentar zum Grundgesetz.

Muzak Gerhard/Rohrböck Josef, Der Asylgerichtshof, Verlag Österreich (Wien 2008).

Öhlinger Theo, Verfassungsrecht⁷, Facultas (Wien 2007).

Spescha Marc (Hrsg.), Migrationsrecht³, Kommentar, (Zürich, 2012).

Thienel Rudolf/Schulev-Steindl Eva, Verwaltungsverfahrenrecht⁵, Verlag Österreich (Wien 2009).

Wenda Gregor, „Hohe Qualität der juristischen Arbeit“, Sektionschef Dr. Mathias Vogl, Leiter der Sektion III (Recht) im Innenministerium, über Reformen im Fremden- und Migrationsbereich und die Notwendigkeit der fachlichen Vernetzung von Juristen, in Öffentliche Sicherheit, Nr. 9-10/11, 26.

Begutachtungsentwurf zur Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (378/ME).

Regierungsvorlage zur Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (1803 d.B. XXIV. GP).

Ausschussbericht des Nationalrates (1889 d.B. XXIV. GP).

Begutachtungsentwurf zur Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2010 (129/ME).

Regierungsvorlage zur Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (1618 d.B. XXIV. GP).

Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (BGBl. I Nr. 51/2012).

Sicherheitsbehörden-Neustrukturierungs-Gesetz 2012 (SNG) (BGBl. I Nr. 50/2012).

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz und das Fremdenpolizeigesetz 2005 geändert werden (BVG Sicherheitsbehörden-Neustrukturierung 2012) (BGBl. I Nr. 49/2012).